

Zusammenschluß des deutschen Großhandels.

Am 2. Oktober fand zu Berlin die erste Mitgliederversammlung des Zentralverbandes des deutschen Großhandels unter außergewöhnlich großer Beteiligung der Großhändlerkreise aus ganz Deutschland statt. Den Vorsitz in der Versammlung führte Geheimrat Kommerzienrat Dr. Ravené. In seiner einleitenden Ansprache führte er u. a. aus: Schon seit geraumer Zeit sei es ihm klar geworden, daß der Mangel einer geschlossenen Organisation des Großhandels sich über kurz oder lang recht unangenehm fühlbar machen würde. Es hätte wohl niemand jemals geglaubt, daß es erst zu einer so furchtbaren Zeit kommen mußte, wie sie jetzt durchlebt wird, um die notwendige Einigung des deutschen Großhandels zustande zu bringen. Manches wäre im Interesse des deutschen Großhandelsstandes besser verlaufen, wenn Regierung und Heeresverwaltung sich auf eine auf vaterländischer Grundlage aufgebaute Organisation des deutschen Großhandels hätten stützen können. Nur dem vollständigen Mangel einer solchen Organisation sei es zu verdanken, daß unschöne Handlungen, die von Personen verübt worden sind, die niemals dem Großhandel angehört haben, diesem zur Last gelegt werden können, und nur so sei die Ansicht entstanden, daß der Großhandel eine überflüssige und entbehrliche Einrichtung sei, die dazu beitrüge, die einzelne Ware zu verteuern.

Die Industrie, die darauf angewiesen sei, Waren in großen Massen herzustellen und aus Rücksichten der Rentabilität immer nur eine beschränkte Anzahl von Erzeugnissen bringen könne und auf pünktlichen Eingang der Gelder sehen müsse, müßte, falls der Großhandel sich plötzlich auflösen sollte, sofort ihrerseits zur Bildung eines neuen Großhandels schreiten. Es sei unumgänglich notwendig, daß das Verständnis für die Wirksamkeit des Großhandels in immer weitere Kreise getragen und dafür gesorgt werde, daß Elemente, die gar nicht zum Großhandel gehören, ihm auch nicht zugerechnet werden. Ein Zusammenschluß des Großhandels in der jetzigen ersten Zeit sei aber von um so größerer Bedeutung, als die kommenden Zeiten so mächtige Umwälzungen auf allen Gebieten mit sich bringen würden, daß es die Pflicht eines jeden Standes sei, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß er die an ihn herantretenden Forderungen auch erfüllen könne. Mit aller Entschiedenheit sei daher als der erste Punkt des Programms festzulegen:

Der deutsche Großhandel wünche sich eng zusammenzuschließen, um seine vaterländische Pflicht erfüllen zu können, die nach Kriegsausbruch auch an den Großhandel herantreten würde, um der Regierung und dem Parlament auf Grund der langjährigen Erfahrungen zur Seite stehen zu können, um dafür zu sorgen, daß die richtigen Persönlichkeiten bei sachgemäßen Beratungen vorgeschlagen würden, und um auf diese Weise vorzubeugen, daß Personen, die sich als Mitglieder des Großhandels ausgeben, sich vordrängen, die mit ihren Auffassungen in einer ganz andern Welt leben als der wirkliche Großhändler.

Der zweite Teil des Programms würde alsdann den Standesinteressen der Großhändler zu dienen haben. Dabei würde sich der deutsche Großhandel naturgemäß vor Augen halten müssen, daß es nicht die Aufgabe des Zentralverbandes sein kann, sich mit den vielen laufenden, größeren und kleineren Fragen der einzelnen Geschäftszweige zu befassen, die bisher in vorzüglicher Weise von den einzelnen Fachverbänden erledigt worden seien. Aber unbedingt wünschenswert sei es, daß diese Fachverbände an den Zentralverband mit Anregungen herantreten, um auf diese Weise eine geeignete und wirksame Vertretung ihrer Interessen zu erreichen. In seinen weiteren Ausführungen wies Geheimrat Dr. Ravené darauf hin, daß der deutsche Großhandel unter Wahrung seiner Selbständigkeit ein inniges Handinhandgehen mit der befreundeten Industrie als selbstverständlich betrachte. Die ersten Schritte zu gemeinsamer Arbeit mit den nahe stehenden industriellen Verbänden seien bereits eingeleitet worden, und es stehe zu hoffen, daß sich Gelegenheiten bilden werde, bei Besprechungen, die Handel und Industrie gemeinsam betreffen, miteinander Hand in Hand zu arbeiten, um nach Beseitigung von Organisationen, wie sie die kriegerischen Verhältnisse naturgemäß mit sich brächten, sich wieder frei entwickeln zu können.

Nach einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser, womit der Redner schloß, wurden vor Eintritt in die eigentliche Mitgliederversammlung Berichte über die wichtigsten, den Großhandel bewegenden Fragen erstattet.

Herr Alfred Schmidt, Köln, berichtete über den Stand der Frage der deutschen Auslandsforderungen. Bei der Wichtigkeit der Frage hielt es die Versammlung für erwünscht, vor einer endgültigen Stellungnahme einen Ausschuß mit der Bearbeitung zu beauftragen.

Beh. Kommerzienrat Dr. Schmidt, Präsident der Handelskammer Braunschweig, und Stadtverordneter Dr. Zeitlin berichteten über die Preisbeschränkung im Webstoffgewerbe und über die damit im Zusammenhang stehenden Verordnungen. Geheimrat Dr. Schmidt faßte seine Ausführungen dahin zusammen, daß dem deutschen Großhandel das Gefühl eingeschämert sei, daß jeder in seinem Beruf, jeder im einzelnen für sich daran zu denken habe, was zunächst zu tun sei und die Vaterlandspflicht erheische. Aber auf der andern Seite müsse der deutsche Großhandel auch die Forderung aufstellen, man solle nicht Unmögliches von ihm verlangen. Aus diesem Grunde läme er zu der Anregung, folgende Entschliebung vorzuschlagen:

Die von der Reichsregierung im Interesse der Volkswohlfahrt erlassenen, für den Handel aber sehr drückenden Bestimmungen über den Verkehr in Web-, Wirk- und Strickwaren sind durch militärische Kommandobehörden in einer Weise ausgelegt und angewandt worden, die schwere Rechtsunsicherheit mit sich gebracht hat. Nicht um eines höhern Gewinns willen, sondern um seiner ganzen geschäftlichen und sittlichen Existenz willen muß der deutsche Großhandel fordern, daß ein Zustand scheunigst beendet werde, der den Großhandel wie den Kleinhandel und damit unentbehrliche Bestandteile der heimischen Volkswirtschaft unerträglich hemmt, ja in ihrem Bestande aufs schwerste bedroht.

Diese Entschliebung wurde einstimmig und mit lang anhaltendem, großem Beifall aufgenommen.

Weiterhin wurde über die Überführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft vom Privatdozenten Dr. Franz Oppenheimer, an Stelle des im letzten Augenblick verhinderten Herrn Wend, Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Lederhändler, Bericht erstattet. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurde folgende Entschliebung gefaßt:

Die Kriegswirtschaft hat das Betätigungsgebiet des deutschen Großhandels drückend eingeengt. Ein Teil der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen mag für die siegreiche Durchführung des Krieges notwendig gewesen sein, ein großer Teil aber hat offenkundig sein Ziel, den Verbraucher zu angemessenen Preisen zu versorgen, nicht erreicht. Der deutsche Großhandel, der im freien Schaffen mit in erster Linie die großartige Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft herbeigeführt hat, hat all die Hemmungen, soweit sie notwendig waren, in vaterländischer Pflichterfüllung auf sich genommen. Er muß aber nicht nur in seinem eigenen Interesse, sondern im Interesse der gesamten Volkswirtschaft mit allem Nachdruck fordern, daß ihm seine volle Bewegungsfreiheit unverzüglich zurückgegeben wird, sobald die politischen und wirtschaftspolitischen Verhältnisse dies irgend gestatten, und daß er bei einer Regelung der Übergangswirtschaft neben den übrigen Berufsständen als gleichberechtigter, mitbestimmender Faktor zur Geltung kommt.

Endlich berichtete Reichstagsabgeordneter Reimath über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. In seinen mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen wies er darauf hin, daß die Erreichung der Bewegungsfreiheit des Großhandels eine der unumgänglich notwendigen Voraussetzungen sei, auf der die künftige wirtschaftliche Gestaltung Deutschlands beruhen müsse. Falls sie nicht erreicht werde, sei zu befürchten, daß, wenn auch dieser Kampf mit den Waffen siegreich bestanden sei, um so sicherer die Niederlage in dem wirtschaftlichen Ringen zu erwarten sei. Es gelte darum zu kämpfen, daß die Grundlage unserer bisherigen Volkswirtschaft aufrecht erhalten bleibe, es gelte damit im wahrsten Sinne des Wortes die große wirtschaftliche Zukunft des deutschen Volkes.

Abgeordneter Reimath erklärte dann weiterhin als geschäftsführendes Vorstandsmitglied den Bericht für den bisher bestehenden Arbeitsausschuß des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels, aus dem sich

ergab, daß es der bisherigen Organisationsarbeit des Zentralverbandes bereits gelang, die überwiegende Mehrheit des gesamten deutschen Großhandels zusammenzuschließen. Über ganz Deutschland sind Bezirkegruppen — so in: Frankfurt a. M., Köln, Hamburg, Dresden, Leipzig, München, München-Gladbach, Breslau, Stuttgart, Danzig — eingerichtet und fast die Gesamtheit der führenden deutschen Großhändlerverbände ist dem Zentralverband beigetreten. Der Redner gab der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die bei der Gründung des Zentralverbandes den beteiligten Kreisen vorschwebenden Ziele in kurzer Zeit völlig der Verwirklichung entgegengeführt werden würden. Nach Annahme der Satzung wurde Beh. Kommerzienrat Dr. Ravené einstimmig zum Präsidenten des Zentralverbandes gewählt, er nahm die Wahl mit Dank an.

Nachdem dann die Wahlen zum Ausschuß vorgenommen worden waren, schloß der Präsident die Versammlung mit Worten des Dankes für das zahlreiche Erscheinen.

In der darauf folgenden Sitzung des Ausschusses wurden folgende Herren in den Vorstand gewählt: Kommerzienrat Lustig, Berlin, Konsul Kohnberg, i. Fa. Gebr. Passavant, Frankfurt a. M., Konsul Dehme, Köln, Kommerzienrat Paul Herz, Berlin, H. A. Klöpffer, Hamburg, Bruno Eisenführ, Berlin, Max Weinmann, München, Syndikus Arthur Cohn, Berlin, Heinrich Paas, Essen, Geheimrat Kommerzienrat Dr. Schmidt, Braunschweig, R. Ahlmann, Stuttgart, Direktor Schäfer, Frankfurt a. M., Alfred Schmidt, Köln, Geheimrat Simon, Berlin, Konsul R. Seiferl, Berlin, Kommerzienrat Schmidt, Berlin, Bach, Frankfurt a. M., H. Pego, Hamburg, U. Deutschmann, Hamburg, Gustav Fränkel, Hildesheim, Fritz Heine, Leipzig, Generalkonsul Thiene, Leipzig, Handelsrichter Hans Meyer, München, Franz Wend, Berlin, Dr. Leon Zeitlin, Berlin, Dr. Engel, Berlin.

In das Präsidium traten neben dem Präsidenten, Geheimrat Kommerzienrat Dr. Ravené, Berlin — die Herren: Kommerzienrat Lustig, Berlin, Konsul Kohnberg, i. Fa. Gebr. Passavant, Frankfurt a. M., Konsul Dehme, Köln, Kommerzienrat Paul Herz, Berlin, H. A. Klöpffer, Hamburg, Bruno Eisenführ, Berlin, Max Weinmann, München, Syndikus Arthur Cohn, Berlin, Heinrich Paas, Essen.

Als geschäftsführendes Präsidialmitglied wurde Reichstagsabgeordneter Otto Reimath gewählt.